Interview mit Karin Kühn

„Je länger jemand auf der Straße lebt, desto schwieriger ist der Weg in ein anderes Leben“

Interview mit Karin Kühn, Leiterin des Arbeitsbereichs Diakonische Dienste, über wohnungslose EU-Bürger:innen und Deutsche auf der Straße.



Karin Kühn ist beim Diakonischen Werk für die Wohnungslosenhilfe in Frankfurt und Offenbach zuständig. (Foto: Christoph Boeckheler)

Frau Kühn, wie ist die rechtliche Situation von EU-Bürger:innen, die in Deutschland Fuß fassen wollen, aber auf der Straße landen?

Karin Kühn: Grundsätzlich gilt der freie Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt aufgrund der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der Europäischen Union. Auf der Straße lebt nur ein sehr kleiner Teil der EU-Bürger:innen, denen es aus unterschiedlichen Gründen gar nicht oder nur sehr eingeschränkt gelingt, hier

erwerbstätig zu sein. Manche kommen in unsere niedrigschwelligen Einrichtungen, wo wir ihnen Hilfe anbieten.

Unter welchen Voraussetzungen erhalten EU-Bürger:innen denn in Deutschland überhaupt Unterstützung?

Karin Kühn: Nur wer hier einer regulären Arbeit nachgeht, erwirbt auch einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II und im Falle von Wohnungslosigkeit einen Anspruch auf eine Unterkunft. Das heißt, jemand, der keine Arbeitsstelle findet, erhält auch keine Sozialleistungen.

Was sind denn die Haupthindernisse, hierzulande einen Job zu bekommen?

Karin Kühn: Fehlende berufliche Qualifikationen, wenige Sprachkenntnisse und zudem kommen auch Menschen mit Suchtabhängigkeit, gesundheitlichen und psychischen Problemen nach Deutschland.

Gibt es Sprachkurse, die Basiskenntnisse vermitteln, um zum Beispiel als Putzkraft oder Küchenhilfe angestellt zu werden?

Karin Kühn: EU-Bürger:innen ohne angemeldeten Wohnsitz haben keinen Anspruch auf einen Sprachkurs, aber im Tagestreff des WESER5 Diakoniezentrums bietet ein Ehrenamtlicher einen Deutschkurs an. Allerdings sind nur wenige dazu zu motivieren, daran teilzunehmen. Klar ist: Menschen aus Südosteuropa, die hier vom Flaschensammeln und vom Betteln leben und trotzdem bleiben möchten, haben in ihren Herkunftsländern noch schlechtere Lebensbedingungen.

Eng verzahnt mit dem WESER5 Diakoniezentrum arbeitet die Mehrsprachige Beratung für EU-Bürger:innen MIA. Was tut MIA?

Karin Kühn: Das Team unterstützt die Aufsuchende Straßensozialarbeit des WESER5 Diakoniezentrums in Frankfurt und eine bulgarisch sprechende Mitarbeiterin von MIA übersetzt regelmäßig im Tagestreff bei Sprachproblemen. MIA ist vor allem für bedürftige und in prekären Wohnverhältnissen lebende EU-Bürger:innen tätig. Wer hier als EU-Bürger:in den Job verliert, hat lediglich sechs Monate lang Anspruch auf Sozialleistungen. Ist danach keine neue Arbeit in Sicht, droht oft der Wohnungsverlust. Manche leben auch in privaten Unterkünften und dürfen sich dort nicht offiziell anmelden, obwohl sie für ein Bett in einem Mehrbettzimmer bis zu 300 Euro im Monat bezahlen.

Nicht nur EU-Bürger:innen, sondern auch Menschen, die hier geboren sind, deutsch sprechen und einen Beruf erlernt haben, leben in Frankfurt auf der Straße. Wie werden sie unterstützt?

Karin Kühn: Wer ein Jahr in Frankfurt gelebt hat, kann sich beim Amt für Wohnungswesen registrieren lassen. In der Regel vergehen zwei bis drei Jahre bis zum ersten Wohnungsangebot. Menschen, die auf der Straße leben, sind zwar in der vordersten Prioritätenliste, aber auch dort ist die Konkurrenz um eine bezahlbare Wohnung sehr groß. Grundsätzlich gilt: Je länger jemand auf der Straße lebt, desto schwieriger wird der Weg in ein anderes Leben. Die Aufsuchende Sozialarbeit baut Kontakte zu denjenigen auf, die noch nicht im Hilfesystem angekommen sind, zum Beispiel, weil sie psychisch erkrankt sind, Suchtprobleme haben oder ganz isoliert leben. Die Sozialarbeiter:innen ebnen den Weg zum Hilfesystem. Aber der Schritt, die eigene Lebenssituation zu verändern, muss letztlich von den Betroffenen selbst ausgehen. Wir können sie nur dazu ermutigen indem wir ihnen klarmachen: ‚Wir geben Sie niemals auf.‘